

ÖÄK zu Rendi-Wagner: Attraktiveres Kassensystem gegen Ärztemangel

Utl.: Wechselberger fordert Ausbau und Modernisierung statt neuer Bürokratie =

Wien (OTS) - Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) teile die Sorgen von Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner um die hausärztliche Versorgung, sagte ÖÄK-Präsident Artur Wechselberger heute in einer Aussendung. Allerdings müsse die Lösung vor allem im Ausbau bestehender funktionierender Strukturen liegen, nicht in weiteren Einschränkungen des niedergelassenen Bereichs. Wechselberger: „Die Krankenkassen müssen Anreize dafür schaffen, dass wieder mehr Ärztinnen und Ärzte ihre Expertise im Rahmen des sozialen Versorgungssystems einbringen und mit weiteren Leistungserbringern zusammenarbeiten können.“

Aktuell könnten österreichweit rund 130 Kassenstellen nicht besetzt werden, mehr als 80 davon seien Hausarzt-Stellen. „Darin spiegelt sich natürlich auch schon die Pensionierungswelle, auf die die Ärztekammer seit Jahren hinweist. Es ist also wirklich allerhöchste Zeit, dieses Thema ernsthaft anzugehen“, so Wechselberger. Dringend notwendig seien sind Anreize. Was man nicht brauche, sei ein neues Gesetz, das aufgrund der zu erwartenden Bürokratie Mehrkosten und eine Schwächung der wohnortnahen Versorgung bringen werde.

Zwtl.: Mehr Geld für moderne Kassen-Medizin

Dass es, so Rendi-Wagner, ums Geld gehe, könne er bestätigen, so der ÖÄK-Präsident: „Es fehlt an Mitteln für neue Vertragsarztstellen, deren Zahl seit 1999 stagniert, während die Bevölkerung wächst und die Anforderungen stetig steigen - Stichwort alternde Gesellschaft. Aber auch für moderne medizinische Leistungen gibt es im Kassenbereich kein Geld. Ebenso wenig für den Aufbau liberaler Zusammenarbeitsformen und für die Einbindung nichtärztlicher Gesundheitsberufe in die Primärversorgung“, kritisierte der ÖÄK-Präsident.

Zwtl.: Kassenverträge für nicht-ärztliche Gesundheitsberufe

Ohne ausreichende Kassenverträge für Angehörige der Pflegeberufe sowie für Physiotherapeuten, Logopäden und Psychotherapeuten würden

die angedachten Primärversorgungseinheiten (PVE) Potemkinsche Dörfer ohne positiven Effekt auf die Versorgung bleiben. Denn, so Wechselberger: „Warum sollen niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ihre berufliche Existenz aufgeben, um sich in PVEs zusammenzuschließen, die ihnen keinerlei Planungssicherheit für die Zukunft bieten, dafür aber reichlich Mehrkosten?“ Schließlich sei mit einem weiteren immensen Zuwachs an Administration und Bürokratie zu rechnen.

Zwtl.: Ausdünnung des Versorgungsnetzes außerhalb der Ballungsräume

Es sei nachvollziehbar, dass man sich von den PVE Spareffekte durch die geplante Zentralisierung erhoffe. Zusätzlich könne die Sozialversicherung mit der Ko-Finanzierungen durch die öffentliche Hand rechnen. „Allerdings werden die viel gepriesenen Primärversorgungszentren das Versorgungsnetz ausdünnen und es ist zu befürchten, dass man dies stillschweigend in Kauf nehmen wird“, so der Präsident der Österreichischen Ärztekammer, der die wohnortnahe medizinische Versorgung bedroht sieht. (ar)

~

Rückfragehinweis:

Österreichische Ärztekammer
Mag. Andrea Riedel
Öffentlichkeitsarbeit
+43 1 51406-3345
a.riedel@aerztekammer.at
www.aerztekammer.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/162/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0121 2017-05-29/13:13

291313 Mai 17

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170529_OTS0121